

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Stephan Gamm,
Sandro Kappe, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

Betr.: Bauen wieder ermöglichen – Mehrwertsteuer auf Baustoffe und Bauleistungen auf 7 Prozent senken!

Die Wohnungswirtschaft in der Hansestadt wird bereits seit einiger Zeit von verschiedenen Herausforderungen, wie beispielsweise hohen Baustoffpreisen, rasch steigenden Zinsen und dem Fachkräftemangel, geplagt. Das Resultat ist für alle Bürgerinnen und Bürger jeden Tag deutlich sichtbar: Die Aktivität der Bauwirtschaft hat sich deutlich verringert. Laut des Statistischen Bundesamtes wurde zwischen Januar und Juni bundesweit der Bau von 135.200 Wohnungen genehmigt, 27,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Auch Hamburg entzieht sich diesem Trend nicht. Hinzu kommen in der Hansestadt hausgemachte Probleme, wie die Entscheidung, bei städtischen Grundstücken fast ausschließlich auf Erbpacht zu setzen, und die exorbitant langen Genehmigungszeiten bei Bauanträgen (siehe Drs. 22/12219). So hat sich zum Beispiel die Verfahrensdauer für Anträge nach § 62 HBauO im Vergleich zu 2022 in Bergedorf fast verdoppelt und liegt zwischenzeitlich bei über 13 Monaten!

Während der rot-grüne Senat die Situation von Hamburgs Bauwirtschaft selbst als „angespannt und herausfordernd, aber überwindbar“ (siehe Drs. 22/12455) einschätzt, unterstützt er auf Bundesebene die ideologisch motivierte Verschärfung baulicher Standards, beispielsweise das KfW-Standard-Effizienzhaus 40. In der derzeit katastrophalen Situation am Wohnungsmarkt ist das der falsche Weg. Um die Baubranche zu stärken und den Wohnungsneubau anzukurbeln, bedarf es vor allem preislicher Entlastungen und schlanker und schneller Genehmigungsverfahren. Ohne ein beherztes politisches Gegensteuern, das die finanzielle Entlastung der Baubranche zur Folge hat, werden nicht nur die ohnehin schon knapp bemessenen Ziele zum Wohnungsbau krachend verfehlt, sondern auch ein Wohnungsnotstand im gesamten Land provoziert. Hier muss der Hamburger Senat auf Bundesebene dringend vernünftige Lösungen anbringen, um das sich abzeichnende Desaster am Wohnungsmarkt zu minimieren.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die Mehrwertsteuer auf Baustoffe und Bauleistungen auf 7 Prozent abgesenkt wird;
2. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2023 zu berichten.